

Rieser Tageblatt

Druckerschrift:
Tageblatt Rieser,
Herrnstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsamwalterschaft beim Amtsgericht Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Erscheinung:
Herausgeber:
Rieser Nr. 52.

Nr. 155.

Donnerstag, 6. Juli 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (5 Zeilen) 25 Gold-Mark; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Mark; jeiraubendes und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Räumung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Nichtigkeits-Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: H. Zeiggraber, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Graf, Rieser.

Der Parteienstaat endgültig begraben. Großzügige Aktion zur Rettung Ostpreußens. Vorläufiges Ende der Weltwirtschaftskonferenz.

Lehren der Volkszählung.

Es. Soeben sind die Hauptzahlen der Reichsvolkszählung bekannt gegeben. Sie können als bekannt gelten. Es lohnt sich aber, an diese Zahlen eine Betrachtung zu knüpfen. Vor dem Kriege hatte Deutschland 67,8 Millionen Einwohner, jetzt (wenn wir die Saarländer ausählen) rund 66,1 Millionen. Diese Differenz ist auf die Abreise deutscher Gebiete vom Mutterlande zurückzuführen. An sich ist die Bevölkerungszahl gestiegen, was sich am besten aus dem Vergleich mit den Feststellungen der Volkszählung von 1925 ersehen läßt. Ohne das Saarland, wo ja nicht gezählt werden konnte, und die laufenden Buchungen zur Unterlage herangezogen werden müssen, hat sich die Bevölkerung in acht Jahren um 2,7 Millionen vermehrt. Deutschland ist das volkreichste Land in Europa. Und gerade diese Feststellung berechtigt uns zu dem Hinweis, daß der deutsche Lebensraum unendlich weiler beschritten werden kann, wie bisher, daß wir die Forderung auf Rückgabe der ehemaligen Kolonien stärker erheben müssen, und daß wir die Forderung erheben dürfen nach dem und zu Unrecht und unter Rücksichtungen und Anfechtungen der geschichtlichen Vergangenheit ererbten Besitzes. Der Ruf nach größerem deutschem Lebensraum ist durch die neue Zählung begründet.

Nun zeigt aber die Volkszählung eine andere Erscheinung: Der Zuwachs der Bevölkerung ist nicht auf Neubebauung zurückzuführen, sondern auf die Verlagerung der Lebensdauer, eine Erscheinung, die ja jetzt von den Wissenschaftlern vielfach diskutiert wird und die nicht nur bei uns bemerkbar ist. Die — sagen wir — alte Generation überwiegt die Jugend, die Zukunft nimmt den kleinen Teil der Bevölkerung ein. Der Ruf nach Geburtenzuwachs wird demnach durch die Zunahme der Bevölkerung nicht berührt, sondern vielmehr berechtigter erscheinen angesichts der Lebenserwartung; denn der Jugend gehört die Zukunft, in der Jugend liegt die Kraft.

Wenn man glaubt, der Jug zum Ende sei bereits so stark, daß eine Entvölkerung der Städte zu befürchten wäre, so laßt die Volkszählung gerade das Gegenteil. Noch immer loden die Städte, noch immer geht die Volksbewegung in der Hauptsache zu den großen Städten. So ist zum Beispiel die Bevölkerungszunahme in Württemberg mit 4,55 Prozent zu verzeichnen, während die Hauptstadt Württemberg, Stuttgart, eine Bevölkerungszunahme von 9 Prozent in acht Jahren nachweisen kann. In den Städten mit mehr als 100000 Einwohnern sind im Durchschnitt sogar Steigerungen der Einwohnerzahl bis 8,8 Prozent zu beobachten. Die kleinsten Gemeinden weisen dagegen im Durchschnitt eine Zunahme nur von 2,5 Prozent auf. Die Landflucht ist demnach eine große Erscheinung geblieben, trotz aller Propaganda gegen sie. Die Landflucht ist demnach eine große Erscheinung geblieben, trotz aller Propaganda gegen sie. Die Landflucht ist demnach eine große Erscheinung geblieben, trotz aller Propaganda gegen sie.

Auch die Frage der Gliederung der Bevölkerung in einen weiblichen und einen männlichen Teil ist interessant genug, untersucht zu werden. Man muß daran denken, daß tatsächlich in Deutschland zum ersten Mal in der Welt der Ausland eingetreten wäre, daß der männliche Teil der Bevölkerung den weiblichen überwiegt, wenn wir nicht die großen Opfer im Kriege gebracht hätten. Jedoch entfallen 11,7 Millionen auf die männliche, 8,8 Millionen auf die weibliche Bevölkerung. Die Opfer des Krieges dem männlichen Prozenten zugerechnet, würde die männliche Bevölkerung überwiegen. Das ist um so überraschender, da man immer noch behauptete, es würden mehr Kinder weiblichen Geschlechts geboren. Demnach läßt sich aus der Statistik der Geburt sehen, daß die Sterblichkeit der weiblichen Kinder größer sein muß.

Bevölkerungspolitisch ist beachtlich, daß in der Einwohnerzahl eine große Lücke in den Jahrgängen liegt, die dem Kriege geopfert wurden, die an die Front kamen und dort den Heldentod fanden. Das ist in den Altersjahrgängen von 28. bis zum 35. Lebensjahr. Wenn diese Jahrgänge auch nicht ganz begünstigt sind, so sind sie doch erheblich verringert. Man wird die weitere Auswertung der Volkszählung abwarten müssen, um weitere Schlüsse zu ziehen. Nebenfalls sind die Zahlen außerordentlich lehrreich und werden unsere politischen Maßnahmen nach vielen Richtungen hin beeinflussen können. Die Volkszählung wurde mit gutem Grunde vorgenommen, denn nur das genaue Wissen über die Struktur der Bevölkerung macht es ja einer Regierung möglich, den Hebel richtig anzusetzen.

Selbstausslösung des Zentrums

In einer Mitteilung des Zentrums wird bekanntgegeben, daß sich die Partei im Einvernehmen mit dem Reichskanzler aufgelöst hat.

Der Auflösungsbeschluss

Die Auflösung der Deutschen Zentrumspartei wurde bekanntgegeben durch folgenden Auflösungsbeschluss der Reichspartei:

„Die politische Umwälzung hat das deutsche Staatsleben auf eine völlig neue Grundlage gestellt, die für eine bis vor kurzem mögliche parteipolitische Betätigung keinen Raum mehr läßt. Die Deutsche Zentrumspartei löst sich daher im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler Hitler mit sofortiger Wirkung auf.“

Mit dieser Auflösung gibt sie ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre Kräfte und Erfahrungen der unter Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur politischen Mitarbeit im Sinne der Festigung unserer nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und zur Mitwirkung am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung rücksichtslos zur Verfügung zu stellen.

Die Zentrumspartei vollzieht den notwendigen organisatorischen Abbau mit künftiger Beibehaltung. Sie darf hierbei lokalweise damit rechnen, daß die Umwidlungsaufgaben nicht gelöst werden, daß Beschlagnahme von bisherigem Parteigut, wie politische bedingte Verhaftungen von ehemaligen Parteimitgliedern in Zukunft unterbleiben und bereits verhaftete wieder freigelassen werden, soweit nicht Verdacht strafbarer Handlungen vorliegt.

Sie gibt ferner der berechtigten Hoffnung Ausdruck, daß die bisherigen Anhänger der Zentrumspartei durch den Führer der nationalsozialistischen Bewegung in Zukunft vor Diskriminierung und Zurücksetzung geschützt werden und daß die katholische, zum nationalen Staat positiv eingestellte Presse die gleiche Behandlung erfährt wie die übrige nationale Presse.

Den Mandatsträgern im Reichstag, den Landtagen und in den kommunalen Körperschaften ist hinsichtlich der Beibehaltung ihrer Mandate völlige Entschiedenheit anheimgegeben. Die Mitglieder der bisherigen Zentrumsfraktionen treten also nicht geschloffen als Fraktionen in die Fraktionen der NSDAP über, sondern bleiben vielmehr als Individuen und lediglich durch Verbindungsmänner mit den Fraktionen der NSDAP in Verbindung. Die Bestellung dieser Verbindungsmänner erfolgt in unmittelbarer Verständigung mit dem Fraktionsvorsitzenden der NSDAP.

Im Einvernehmen mit Herrn Reichskanzler Hitler und dem zuständigen Fraktionsvorsitzenden der NSDAP wird als Verbindungsmann der bisherigen Reichstagsfraktion des Zentrums Dr. Hagedorn bei der Reichstagsauflösung der NSDAP bestimmt.“

Die letzten Stunden des Zentrums.

Mandatniederlegung bisheriger führender Zentrumsabgeordneter.

„Berlin. Wie wir erfahren, beabsichtigen bekannte Führer des bisherigen Zentrums, dem Beispiel des Prälaten Reich, des Führers der ehemaligen Bayerischen Volkspartei, zu folgen und ihre Mandate zum Reichstag und zum Landtag niederzulegen. Ob ihre Nachfolger dann in ein Fraktionsverhältnis zur NSDAP, treten oder überhaupt die Mandate annehmen, steht bei der augenblicklichen Lage dahin. Wie verlautet, befindet sich unter denjenigen, die auf ihr Mandat verzichten wollen, auch der bisherige Reichsführer des Zentrums, Reichskanzler a. D. Brüning. Ursprünglich hatte man die Auflösung der Deutschen Zentrumspartei schon für die Mitte der vorigen Woche erwartet. Die Kabinettbildung am Freitag und die Welle des Reichskanzlers nach Reichstag zur SA- und Stahlhelmführerorganisation machten eine Fällungsmaßnahme mit ihm, die vom Zentrum in der Gestalt eines Empfangs des Reichskanzlers a. D. Brüning durch Reichskanzler Adolf Hitler vorgeschlagen worden war, unmöglich. Inzwischen hatte aber der

Zentrumsabgeordnete Hagedorn mit dem Reichskanzlerminister Dr. Frick bereits Fällung aufgenommen. Am Dienstag wurden dann in Berlin die Verhandlungen über die Auflösung des Zentrums fortgesetzt und am Mittwoch dann nach einer weiteren Fällungnahme zu Ende geführt. Den abschließenden Bescheid erwartete man bereits gegen 8 Uhr abends. Zu dieser Zeit waren die Vertreter der bisherigen Zentrumsfraktion in das Gebäude des preussischen Landtags zu einer Pressekonferenz zusammenberufen worden. Die Reichsführung des Zentrums verhandelte inzwischen noch im Schwabinger Krankenhaus, wo Reichskanzler a. D. Brüning wohnt, über die weiteren Formalitäten, und der Abschluß der Verhandlungen äderte sich von Stunde zu Stunde hinaus. Erst in später Abendstunden konnte dann das abschließende Communiqué mitgeteilt werden.

Aufhebung von Maßnahmen gegen Hilfsverbände des Zentrums.

Berlin. (Funkpruch.) Die gegen verschiedene Hilfsverbände des Zentrums getroffenen Maßnahmen sind, wie wir von unternichteter Seite erfahren, soweit sie den katholischen Jungmännerbund betreffen, insoweit rückgängig gemacht worden, als das bei dem Vorgehen Beschlagnahme und sichergestellte Material und das Vermögen zurückgegeben wurde, soweit es zur ordnungsmäßigen Durchführung des Geschäftsverkehrs erforderlich ist. Diese Maßnahmen sind erfolgt mit Rücksicht auf das bisherige Ergebnis der angestellten Ermittlungen.

Die Rettung Ostpreußens

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Adolf Hitler und im Gegenwart des Oberpräsidenten von Ostpreußen, Erich Koch, fand in der Reichskanzlei eine Besprechung über Maßnahmen zum Wiederaufbau der ostpreussischen Wirtschaft statt. Hierbei wurde festgestellt, daß die Rettung Ostpreußens aus seiner gegenwärtigen Notlage gefordert von den Landwirtschaftsproblemen und auch von dem Ostpreußenproblem in Angriff genommen werden muß.

Es müßte eine großzügige Aktion eingeleitet werden, durch die öffentliche und private Aufträge aus dem ganzen Reich bevorzugt nach Ostpreußen gelegt werden. Darüber hinaus sollen in Ostpreußen auch auf dem Kulturgebiet vom Reich aus weitreichende Pläne durchgeführt werden. Die ostpreussische Bevölkerung soll gerade jetzt bei Beginn der Erntearbeit das Bewußtsein haben, daß der Ertrag aus der Arbeit gesichert ist und daß der Lebens- und Aufbaumwille des gesamten deutschen Volkes heute mehr denn je geschlossen hinter dem Leidensland Ostpreußen steht.

Die amerikanische Erklärung

Die Konferenz soll weiterarbeiten

Die amerikanische Delegation gab Mittwochabend eine Erklärung aus, in der es abschließend heißt:

„Wenn es Länder gibt, in denen Preise und Kosten bereits faktisch im Gleichgewicht sind, halten wir es nicht für die Aufgabe der Konferenz, sie zu überreden, ohne jeden Zwang eine Politik zu betreiben, die ihren eigenen Interessen widerspricht. Erste Aufgabe ist, die Preise wieder auf ein Niveau zu bringen, auf dem die Industrie und vor allem die Landwirtschaft mit Gewinn und Erfolg arbeiten können. Zweite Aufgabe ist, die so erreichte Stabilität aufrechtzuerhalten. Die Rolle, die dann Gold und Silber spielen sollen, dürfte ein weiterer Gegenstand für die Konferenzberatungen sein. Wir sind der Auffassung, daß die großen Probleme, die die Zukunft der Weltwirtschaft berechnen, heute ebenso aktuell und der Erforschung würdig sind wie vor einigen Wochen. Wir können uns kaum vorstellen, daß die Konferenz, die wie in der mindernächsten Frage der zeitweiligen Stabilisierung verhandelt, solche Entscheidungen weniger rasch erscheinen lassen könnten.“

Wir bitten für die hungernden deutschen Kinder in Rußland. VDA.